

N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 16. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Kommunalwirtschaft (Eigenbetrieb Friedhofs- und Bestattungswesen sowie Eigenbetrieb Stadtentwässerung) (UK/FB/SE/016/2016)

am Montag, 4. Januar 2016,

16:30 Uhr

**im Neuen Rathaus, Beratungsraum 4, 4. Etage, Raum 13,
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung: 16:30 Uhr
Ende der Sitzung: 18:30 Uhr

Anwesend:

Stellvertretende/-r Vorsitzende/-r
Eva Jähnigen

CDU-Fraktion

Veit Böhm
Dr. Georg Böhme-Korn
Peter Krüger
Christa Müller
Dr. Helfried Reuther

Fraktion DIE LINKE.

Dr. Margot Gaitzsch
Andreas Naumann
Dr. Martin Schulte-Wissermann
Kerstin Wagner

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Wolfgang Deppe

SPD-Fraktion

Peter Bartels
Thomas Blümel

Fraktion Alternative für Deutschland

Jörg Urban

FDP/FB-Fraktion

Holger Zastrow

Abwesend:

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Johannes Lichdi

beratende Mitglieder

Robert Arnrich
Johannes Pohl

Verwaltung:

Frau Helzig	GB 7 / Amt 86.23
Herr Pfohl	GB 6 / Amt 61.4
Herr Holzapfel	GB 7
Herr Socher	GB 7 / Amt 86.20
Herr Rothe	GB 7 / Amt 86.22
Herr Dr. Korndörfer	GB 7 / Amt 86
Frau Stapf	GB 7 / Amt 86.33

Gäste:

Frau Sägner	Fraktion DIE LINKE / Stadträtin
-------------	---------------------------------

Schriftführer/-in:

Frau Hentschel	SG Stadtratsangelegenheiten
----------------	-----------------------------

T A G E S O R D N U N G**Öffentlich**

- | | | |
|----------|--|----------------------------------|
| 1 | Masterplan Lärminderung 2014 | V0775/15
beschließend |
| 2 | Einsatz von Sekundärrohstoffen stärken – natürliche Ressourcen schonen – Baupreise niedrig halten – Stadtkasse schonen | A0887/14
beschließend |

Nicht öffentlich

- | | | |
|----------|---|------------------------------|
| 3 | Integrierte Handlungskonzepte EFRE 2014-2020 Bewerbung der Landeshauptstadt Dresden um Fördermittel des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) | V0769/15
beratend |
| 4 | Informationen/Sonstiges | |

- Info Coschütz-Gittersee**Öffentlich**

- | | | |
|----------|--|-------------------------------------|
| 5 | Stellungnahme der Stadt Dresden zum Vorentwurf des Regionalplanes Oberes Elbtal/Osterzgebirge 2015 | V0778/15
zur Information |
| 6 | Veröffentlichung des Umweltberichtes 2011 bis 2014 Fakten zur Umwelt | V0856/15
zur Information |

öffentlich**Einleitung:**

Frau Bürgermeisterin Jähnigen eröffnet die 16. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Kommunalwirtschaft (Eigenbetrieb Friedhofswesen / Eigenbetrieb Stadtentwässerung).

Die Ladung erfolgte form- und fristgerecht. Die Beschlussfähigkeit ist festgestellt.

Es wird beantragt den Tagesordnungspunkt 2 bis zur nächsten Sitzung am 25. Januar 2016 zu vertagen. **Herr Stadtrat Dr. Reuther** informiert, dass die Vorlage überarbeitet bzw. aktualisiert werde.

Weiter Änderungen gibt es nicht. Das Gremium stimmt der so geänderten Tagesordnung einstimmig zu.

1 Masterplan Lärminderung 2014**V0775/15
beschließend**

Frau Bürgermeisterin Jähnigen geht kurz auf die Anmerkung aus einer vorangegangenen Sitzung ein. Hierbei handelte es sich um die B6 in Cossebaude. Sie finde die so beschriebene Situation, wie im Masterplan auf Seite 14 dargelegt, ausreichend. Die große Lärmbelastung sei darin beschrieben worden. Die Thematik könne auf der vorhandenen Trasse nicht gelöst werden und man warte auf eine Umverlagerung. Wenn diese nicht käme, müsse man andere Überlegungen in Betracht ziehen. Die, für die Einreichung der Vorlage verwendete Präsentation, werde in der Form nicht weiter verwendet.

Herr Stadtrat Bartels stellt klar, dass er lediglich kritisiert habe, dass man bei der Vorstellung der Vorlage einen kurzen Hinweis hätte geben können, dass die B6 selbstverständlich beachtet werde, dies aber ein anderes Thema sei.

Herr Stadtrat Dr. Deppe merkt an, dass mit Maßnahmen zur Lärminderung im Verkehrsreich der Tempo-30-Zonen hingewiesen, aber wenig zur Durchsetzbarkeit gesagt werde. Wenn eine Tempo-30-Zone ausgewiesen sei, bedeute das noch lange nicht, dass dieses Tempo-Limit auch eingehalten werde. In diesem Zusammenhang gebe es Möglichkeiten, dass vorgegebene Tempo-Limit, mittels baulicher Maßnahmen, zu erzwingen. Er benennt als Beispiel den Einbau von Bodenschwellen in den Straßen. Das werde als Möglichkeit nicht benannt, wäre aber eine gute Maßnahme und Ergänzung zu diesem Lärminderungsplan.

Herr Socher, Umweltamt, weist darauf hin, dass dies ein strategischer Plan sei, in dem auf Teilaktionspläne verwiesen werde. Detailmaßnahmen würden auf dieser Ebene noch keine Rolle spielen, sollen aber in den Teilaktionsplänen benannt werden. Was die Bodenschwellen angehe, gebe es geteilte Meinungen, sowohl von der Bevölkerung als auch von der Verwaltung.

Frau Bürgermeisterin Jähnigen konstatiert, dass man sich in der Stadtverwaltung Einschränkungen, in Form von baulichen Maßnahmen, vorstellen könne. Jedoch habe man sich mit den Ämtern, welche auch Bedenken geäußert hätten, verständigt und die Auffassung habe sich geändert.

Was die Einhaltung des Tempo-Limits angehe, halte man Kontrollen für sehr wichtig. Hier könne der Stadtrat nachdrücklich durchsetzen, dass beschlossene Maßnahmen auch kontrolliert werden.

Herr Stadtrat Dr. Reuther halte den Einsatz von Bodenschwellen für gefährlich. Außerdem werde damit keine Lärminderung bewirkt. Er begründet dies mit dem Beispiel eines LKW's mit Anhänger. Vor dem Schweller werde abgebremst, danach wieder beschleunigt und das Darüberfahren verursache definitiv auch störende Geräusche.

Wie bereits erwähnt, werde es noch die Teilgebietlärmpäne geben, wo über verschiedene Maßnahmen diskutiert werden könne.

Herr Stadtrat Dr. Deppe sei sich bewusst darüber, dass der Vorschlag einer solchen Maßnahme, ein Für und Wider hervorrufe. Aber mit dem Einbau eines Bodenschwellers solle erreicht werden, dass ein gleichmäßiges Tempo eingehalten werde. Dies sollte insbesondere auf Einwohnerstraßen erreicht werden und er geht davon aus, dass sich gerade auf viel frequentierten Straßen die Bewohner gut darauf einstellen.

Tempo-30-Zonen seien schön und gut, aber ohne zusätzliche Maßnahmen sei die gewollte Geschwindigkeitsreduktion nicht erreichbar.

Frau Bürgermeisterin Jähnigen konstatiert, dass man tatsächlich Fallkonkret diskutieren müsse, mit den entsprechenden wirksamsten Maßnahmen.

Herr Stadtrat Bartels sehe Bodenschwellen, gerade an bewohnten Straßen, nicht vorteilhaft, sondern eher belastend für die Anwohner.

Frau Stadträtin Wagner weist darauf hin, dass in der Tabelle mit den Hinweisen auf die Öffentlichkeitsbeteiligung, zum Teil die Sätze nicht vervollständigt seien. Man könne nicht einschätzen, was und wie viel konkret fehle. Eine fallkonkrete Diskussion hält sie daher für sehr schwierig und sie könne sich aufgrund dessen eine Vertagung vorstellen.

Herr Socher vermutet, dass es sich nur um ein technisches Problem gehandelt haben könne und nicht beabsichtigt gewesen sei.

Herr Stadtrat Dr. Reuther fügt hinzu, dass die zur Vorlage ausgereichte CD aber vollständig sei.

Frau Bürgermeisterin Jähnigen fragt, ob aus diesem Grund vertagt werden sollte. Sie gibt zu bedenken, dass die Zeitschiene keinen großen Spielraum hergebe. Die ursprünglich ausgereichten Unterlagen seien vollständig.

Frau Stadträtin Wagner erinnert, dass sie bei der 1. Lesung nicht anwesend war, aber an dem Antrag der Vertagung nicht festhalten und sich bei der Abstimmung enthalten werde.

Sie spricht ein Beispiel an, wo ein Bürger im Kapitel 21, Seite 6, Vorschläge gemacht habe. Als Antwort sei vermerkt worden, dass der Lärmaktionsplan keinen Einfluss auf die Priorisierung hätte, was im Grunde richtig sei. Dennoch halte sie ein Teil der Vorschläge für so konkret, dass diese an die entsprechenden Ämter weiter geleitet werden müssten. Dies würde auch dokumentieren, dass man die Arbeit und Hinweise der Bürger ernst nehme und mit den Informationen gearbeitet werde.

Frau Bürgermeisterin Jähnigen erläutert die Verfahrensweise in der Verwaltung. Die Anmerkungen der Bürger durchlaufen die gesamte Verwaltung und werde zwischen den Ämtern und vor der Dienstberatung Oberbürgermeister abgewogen. Dazu habe man umfangreiche Stellungnahmen bekommen, die auch diskutiert worden seien.

Herr Socher konkretisiert die Thematik am Beispiel des angesprochenen Kapitels 21. Man habe, was die Lärmaktionsplanung angehe, konkrete Berechnungsvorschriften. Auf Sondersignale bzw. andere Besonderheiten könne man da nicht eingehen. Das werde so europaweit gehandhabt.

Es gibt keine weiteren Anmerkungen und die Vorlage kommt zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

1. Der Ausschuss für Umwelt und Kommunalwirtschaft prüft die während der Anhörung der Öffentlichkeit nach § 47d (3) BImSchG zum Masterplan Lärminderung 2014 abgegebenen Stellungnahmen. Er beschließt über die Abwägung wie aus Anlage 1 zur Vorlage ersichtlich.
2. Der Ausschuss für Umwelt und Kommunalwirtschaft beschließt aufgrund des § 47e (1) BImSchG i. V. m. § 11 SächsImSchZuVO den Masterplanes Lärminderung 2014 in der Fassung vom 14.07.2015 als Lärmaktionsplan.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 12 Nein 0 Enthaltung 2

2	Einsatz von Sekundärrohstoffen stärken – natürliche Ressourcen schonen – Baupreise niedrig halten – Stadtkasse schonen	A0887/14 beschließend
----------	---	----------------------------------

Vertagung

5	Stellungnahme der Stadt Dresden zum Vorentwurf des Regionalplanes Oberes Elbtal/Osterzgebirge 2015	V0778/15 zur Information
----------	---	-------------------------------------

Frau Bürgermeisterin Jähnigen merkt an, dass keine Vorstellung der Infovorlage erfolgen werde. Die Stellungnahmen seien jedoch zusammen mit dem Geschäftsbereich diskutiert worden. Sollte es Rückfragen geben, könnten diese gestellt werden. Wenn es vertiefenden Diskussionsbedarf gebe, sei ihr Vorschlag, die Info Vorlage erneut aufzurufen und den Geschäftsbereich 6 zur nächsten Sitzung einzuladen. Gleichzeitig wolle man in der Sitzung am 25. Januar 2016 zu den Themen „Aktueller Stand der Hochwasservorsorge Planung und die aktuellen Stände der Planung zur Hafencity“ informieren.

Herr Stadtrat Dr. Deppe möchte das Kapitel 5.1.1 „Windenergie Nutzung“ herausgreifen. Hierzu bemerkt er, dass in dieser Stellungnahme die geringen Möglichkeiten die der Freistaat biete abgelehnt worden seien. Der Tenor liege in diesem genannten Kapitel darauf, dass auf Dresdner Territorium eine Nutzung durch Windenergie gar nicht stattfinden solle. Er gehe davon aus, dass man dazu kritische Anmerkungen machen werde. In interessiert, wer diese spezielle Stellungnahme so ausgearbeitet habe und wie diese zustande gekommen sei.

Frau Bürgermeisterin Jähnigen konstatiert, dass der Planungsverband nicht der Freistaat selber sei, sondern eine Selbstverwaltungskörperschaft, im Rahmen der Landesentwicklungsplanung des Freistaates. Die Linie des Freistaates dazu sei restriktiv gewesen, aber es sei versucht worden, über die Rechtsaufsicht des Innenministeriums Windenergie Anteile vorzugeben. Beim letzten Regionalplan der Teil Windenergie nie fertig fortgeschrieben bzw. beschlossen worden, da es Konflikte gegeben habe, die nicht lösbar waren. Auch die Landkreise hätten sich weitgehend gegen eine Windenergie Nutzung entschieden und das bestätigt. In der Stadt Dresden gebe es die bekannte Beschlusslage des Stadtrates, hier keine Windkraftanlagen aufzustellen. An diesen Beschluss sei man auch gebunden.

Herr Stadtrat Böhme-Korn geht auf das Kapitel 4.2.2 Waldschutz ein. In dem gehe es unter anderem auch um den nördlichen Teil des Hellers. Die dort getroffene Aussage sei im Grundsatz richtig, aber er möchte daran erinnern, dass es dazu einen Stadtratsbeschluss zum Augustusweg gebe. Ebenso gebe es eine Aufstellung und dazu den bereits ausgelegten Bebauungsplan. Er sei sich nicht sicher, ob das dementsprechend beachtet worden sei.

Frau Bürgermeisterin Jähnigen bestätigt, dass die Beschlusslage bekannt sei. Man habe sich allerdings daran orientiert, was zur Zeit Rechtskraft besitze. Das treffe für den Flächennutzungsplan und den Landschaftsplan von 1998 zu, sowie für den rechtskräftigen Bebauungsplan, welcher durch den Aufstellungsbeschluss abgeändert werden solle. Was das aus Naturschutzgesichtspunkten bedeute, darüber müsse man noch beraten. Im Grunde habe man sich streng an die Beschlusslage gehalten. Es obliege den Stadträten, ihren Aufstellungsbeschluss durchzusetzen. Dennoch möchte sie darauf hinweisen, dass es einen rechtskräftigen Bebauungsplan gebe und die bisherigen Erweiterungen seien tatsächlich ohne Baurecht erfolgt. Das sei die gemeinsame Betrachtung, sowohl vom Stadtentwicklungsbereich als auch vom Umweltbereich. Der Bebauungsplan sei momentan in der Erarbeitung und man habe bereits eine verwaltungsinterne Stellungnahme, welche kritische Aspekte beinhalte, abgegeben. Es werden an dieser Stelle Konflikte gesehen, wo jedoch aus fachlicher Sicht nicht gesagt werden könne, wie diese auszugleichen seien.

Herr Stadtrat Naumann äußert, da diese Info Vorlage in der nächsten Sitzung behandelt werden solle, könne man dann an der Stelle tiefere Fragen beantworten.

Frau Bürgermeisterin Jähnigen sieht vor, in einer gemeinsamen Sitzung am 25. Januar 2016, mit dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr, umfassend zur Hochwasserschutzplanung zu informieren. Dazu werde man alle Fraktionen anschreiben und alle interessierten Stadträte dazu einladen. Auch wolle man zum Stand am Altelbarm informieren. Von Seiten des Bereiches Stadtentwicklung solle der Stand der Fortschreibung des Masterplanes Hafencity/Leipziger Vorstadt dargestellt werden.

Frau Bürgermeisterin Jähnigen möchte wissen, wen Frau Stadträtin Dr. Gaitzsch konkret mit der Aufgabe betrauen wolle. Als Umweltbürgermeisterin finde sie die Idee toll, aber man sollte sich mit dem Thema an den GB 4 (Geschäftsbereich), und ein Stück weit auch den GB 6 wenden.

Frau Stadträtin Dr. Gaitzsch sehe eine Zusammenarbeit auch mit dem Jugendamt bzw. mit den Jugendhäusern.

Frau Bürgermeisterin Jähnigen schlägt vor, das an die Kulturbürgermeisterin weiter zu geben.

Abschließend fragt sie nach, ob ein Interesse vorliege, die Informationsvorlage in der nächsten Sitzung noch einmal aufzurufen.

Das Gremium stimmt dem einstimmig zu.

Weitere Fragen werden nicht gestellt. **Frau Bürgermeisterin Jähnigen** schließt die 16. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Kommunalwirtschaft (Eigenbetrieb Friedhofswesen und Eigenbetriebes Stadtentwässerung).

Abstimmungsergebnis:

erneute Beratung

Eva Jähnigen
Vorsitzende

Birgit Hentschel
Schriftführerin

Holger Zastrow
Stadtrat

Kerstin Wagner
Stadträtin